

NEWSLETTER

NORD|SÜD *news* II/2020



Mundschutz Treffen im Freien, mehr Abstand: Wegen Corona müssen Arbeitende wie hier in Indien überall improvisieren

Coronafolgen

Pandemie entlarvt Wirtschaftssystem

Lohnersatz für Haushalte an der Armutsgrenze, Schuldenerlass für zahlungsunfähige Staaten, Entkriminalisierung informeller Arbeit, neue Regeln für Unternehmen mit internationalen Lieferketten: Was sich in der Corona-Krise weltweit tun muss.

In der Erzählung »Des Kaisers neue Kleider« ist es ein Kind, das dem Herrscher und seinem Hofstaat klarmacht, dass sie nicht unsichtbare Kleider tragen – sondern gar keine. In der Realität von 2020 ist es ein Virus, das die Welt nackt dastehen lässt. »Die Covid-19-Pandemie hat auf brutale Weise die Schwächen und Fehler des globalen Wirtschaftsmodells aufgedeckt«, sagt der

Sprecher des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) Tim Noonan.

Sehr viel deutlicher wird in diesem Zusammenhang ein Aufruf internationaler Frauenorganisationen, den auch der globale Gewerkschaftsverband, Internationale der Öffentlichen Dienste (IÖD/PSI) unterzeichnet hat: »Das neoliberale System hat zwei Generationen junger Menschen des vollen Genusses ihrer sozialen, wirtschaftlichen, politischen und bürgerlichen Rechte beraubt, einschließlich ihres Rechts auf ein gesundes Leben auf einem gesunden Planeten. In kritischer Weise hat der Neoliberalismus die Staaten und ihre Fähigkeit ausgehöhlt, ihren Menschenrechtsverpflichtungen nachzukommen und auf Krisen und Katastrophen zu reagieren.« →

Inhalt

Coronafolgen

Pandemie entlarvt Wirtschaftssystem	S. 1f
Der Kommentar: Politische Leitplanken neu entwickeln	3
Textilarbeit Bangladesch: Zwischen Kollaps und Corona	4
Gesundheitsversorgung Indien: »Wir müssen das medizinische Personal besser schützen«	5
Informelle Arbeit Mexiko: »Wir haben angefangen, Gemüse zu pflanzen«	6

Aus den Projekten

»Die brasilianische Gewerkschaftsbewegung befindet sich in einer Metamorphose«	7
--	---

In Kürze

Erste Ratifikation für C190	
»Pandemie der Kinderarbeit«	
Corona-Maßnahmen: Investoren klagen	
Fachkonferenz für Naturstein-Beschaffung	
Filmtipp: Congo Calling	8

→ Der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zufolge kostet die Corona-Krise weltweit Hunderte Millionen Arbeitsplätze. Geschätzt 1,6 Milliarden Existenzen in der informellen Wirtschaft werden vernichtet. »Ohne alternative Einkommensquellen werden diese Menschen und ihre Familien keine Überlebenschancen haben«, heißt es bei der ILO. Denn laut UNO hat deutlich mehr als die Hälfte der Menschen weltweit keine soziale Absicherung. Die gesundheitliche Krise ist zu einer Krise des wirtschaftlichen und sozialen Systems geworden.

Angesichts dieser Dimension fordert der IGB ein grundlegendes Umsteuern. »Ein neuer sozialer Kontrakt ist unerlässlich, um die Welt wieder auf einen nachhaltigen und gerechten Weg zu bringen«, schrieb Sharan Burrow, Generalsekretärin des IGB, bereits Mitte März. Dieser Vertrag müsse – zusätzlich zu lebenswichtigen öffentlichen Dienstleistungen und Umwelt- und Sicherheitsmaßnahmen – auch den Arbeitsschutz weltweit mit einschließen.

»Vor der Corona-Krise war die Situation schon dramatisch. Die Pandemie verdeutlicht noch einmal die Finanzierungslücke, da wird es sehr schwer sein, Gesellschaften ökologisch und sozial gerecht umzubauen«, fürchtet Elisabeth Bollrich von der Friedrich Ebert Stiftung (FES). Hinzu kommt laut Bollrich die unterschiedliche Betroffenheit der Weltökonomien. Während die Länder des Globalen Südens vor einer massiven Armutskrise stehen, sind die Schwellenländer durch ihre starke Verflechtung mit den reichen Ländern abhängig von deren wirtschaftlicher Widerstandsfähigkeit und somit in Wellen der Pandemie ausgeliefert. Da braucht es schon einen ganzen Mix an Maßnahmen, um die Krise nachhaltig, und das nicht nur im Sinne der Umwelt, zu meistern.

Zu den finanziellen Maßnahmen gehört laut Bollrich für die armen Länder erst einmal »akute Notlinderung«. »Viele Entwicklungsländer werden durch die Pandemie in ihrer Entwicklung um zehn Jahre zurückgeworfen.« Der Einbruch der informellen Wirtschaft macht Lohnersatzleistungen für Haushalte an der Armutsgrenze notwendig. Länder wie Indien, Burkina Faso, Kolumbien, Kenia und El Salvador haben bereits Cash-Transfer-Programme aufgelegt oder aber ausgebaut. Die zwanzig führenden Wirtschaftsnationen haben für die 77 ärmsten Länder ein Schuldenmoratorium für das laufende Jahr beschlossen. Aus Sicht der Friedrich-Ebert-Stiftung genügt dies nicht. »Was wir brauchen, ist eine Neubewertung von Schulden und ein Erlass für zahlungsunfähige Staaten«, sagt Bollrich. Eine Forderung, die der IGB als »Teil der Lösung« unterstützt. Ein Aufruf, den die Internationale der Öffentlichen Dienste (IÖD) unterzeichnet hat, fordert darüber hinaus von den Regierungen, dass sie »die Marginalisierung und Kriminalisierung



Foto: Public Services International

Nicht überall gibt es Schutzkleidung für die Helfer_innen, die auf den Straßen Coronatests durchführen

der informellen Arbeiterinnen und Arbeiter beenden und stattdessen ihre entscheidende Rolle in der Wirtschaft anerkennen, fördern und wertschätzen.«

Mit Blick auf die Schwellenländer schlägt Tim Noonan vom IGB vor, »dass Unternehmen mit internationalen Lieferketten Liquiditätsreserven halten müssen, so wie es die Banken nach der globalen Finanzkrise tun mussten, und dass sie bei Störungen verpflichtet werden sollen, Verträge einzuhalten, anstatt Lieferanten einfach

»Die Pandemie verdeutlicht noch einmal die Finanzierungslücke, da wird es sehr schwer sein, Gesellschaften ökologisch und sozial gerecht umzubauen.«

fallen zu lassen, wie es viele Unternehmen nach Ausbruch der Pandemie taten.« Neue Regeln müssten weltweit dafür sorgen, dass Arbeitnehmende einen gerechten Anteil an dem von ihnen produzierten Wohlstand erhalten und dass die Unternehmen in den Ländern, in denen sie Gewinne erzielen, Steuern zahlen. Der Finanzfluss multinationaler Unternehmen müsse dringend geregelt werden, sagt Bollrich. »Die nationalen Steuersysteme greifen längst nicht mehr, da wird viel Geld hin- und hergeschoben, um Steuerzahlungen zu vermeiden.«

Doch wie die globale Wirtschaft strukturell umbauen, dass sie zukunftsfähig aus dieser Krise hervorgeht? Das Rezept, auf das Gewerk-

schaften bereits vor der Krise verwiesen, lautet »Just Transition«, die sozial gerechte und zugleich ökologische Transformation der Wirtschaft. So formulieren die 17 Nachhaltigkeitsziele der UNO ein Rahmenwerk zum Umbau der Weltgesellschaft. Von der Abschaffung der Armut, über menschenwürdige Arbeit, nachhaltigen Konsum und nachhaltiges Wirtschaften, bis hin zu Klimaschutz und Geschlechtergerechtigkeit benennt die UNO nicht nur Ziele, sondern identifiziert auch Zielkonflikte, etwa zwischen Arbeitsplätzen und Umweltschutz.

Die ILO-Kernarbeitsnorm, ein Lieferkettengesetz, letztlich die Menschenrechte – die Ideen für eine sozialere und umweltfreundlichere Welt seien längst auf dem Tisch, sagt Bollrich. »Es gibt viele sehr gute internationale Abkommen, wir erleben aber in den letzten Jahren, dass diese Übereinkünfte zunehmend aufgekündigt, umgangen oder gar nicht erst umgesetzt werden.«

Zumindest manch reicher Staat wagt in der Krise einen Schritt nach vorn. So lobt der DGB ausdrücklich das Konjunkturprogramm, das die deutsche Regierung jüngst zur Abfederung der Corona-Krise auf den Weg gebracht hat – inklusive Kinderbonus, Rettung des Öffentlichen Personennahverkehrs, Anreizen zum Aufbau einer klimafreundlichen Autoindustrie sowie Energiegewinnung. Und auch der geplante »Green Deal« der Europäischen Kommission könne sich in diesem Sinne sehen lassen, meint Bollrich von der FES. Die Krise als Chance.

 Autorin: Uta von Schrenk ist freie Journalistin in Berlin und beschäftigt sich seit Jahren mit gewerkschaftlichen Themen



Politische Leitplanken neu entwickeln

Homeoffice, systemrelevante Berufe, Umbrüche in der Industrie – die Vertretung der Arbeitnehmenden muss in der Pandemie von der Krise bis zur Transformation denken. Die entscheidenden Ansatzpunkte. Ein Kommentar von Klaus Mertens, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Betriebsrats der ZF Friedrichshafen AG in Schweinfurt und unter anderem engagiert bei den »Transformateuren«.

Das Coronavirus beschleunigt Veränderungen, die als »Transformation« noch weit weg zu sein schienen. Die betrieblichen Interessensvertretungen stellt das vor neue Herausforderungen. Vier Perspektiven:

Erstens: Digitalisierung

Die digitale Transformation der Arbeitsprozesse ist mit der Pandemie im Alltag der Beschäftigten angekommen. Das Homeoffice ist zum Normalfall geworden. Damit ist auch die Option einer zeit- und raumunabhängigen Arbeitsgestaltung



Plötzlich wichtiges Betätigungsfeld für Mitbestimmung: Heimarbeitsplatz

zu einem Handlungsfeld betrieblicher Interessensvertretung geworden, das mehr als Bildschirmrichtlinien und Datenschutzregeln zu bieten hat. Es geht um die Kernbereiche der Mitbestimmung in Sachen Arbeitszeit und Entlohnung.

Gleichzeitig tun sich hier auch neue Ungerechtigkeiten auf. Nicht jeder Arbeitsplatz ist homeofficetauglich. Das war schon immer klar. Dafür hat jetzt das Thema Zeitwohlstand in den Betrieben eine sehr materielle Bedeutung bekommen und das Feuilleton endgültig verlassen.

Zweitens: Sozialstaat reloaded!

Die deutsche Sozialstaatsdebatte hat sich in den letzten Jahren auf Fragen der sozialen Grundversicherung à la Hartz IV fokussiert und ist aus dem

Blick der Stammebelegschaften geraten. Nun hat sich in der Pandemie der Blick auf den Sozialstaat und seine Leistungen deutlich geweitet: Erzieher_innen und Krankenpfleger_innen, Altenpfleger_innen und Busfahrer_innen, Leute vom Wertstoffhof und Lehrer_innen stehen als Berufsgruppen für Systemrelevanz und Repräsentant_innen eines modernen Sozialstaats. Diese Perspektive gilt es zu verfestigen und neben guten Löhnen und Arbeitsbedingungen ist auch für eine andere Sozial- und Gesellschaftspolitik zu streiten.

Drittens: Sozial-ökologische Transformation

Die Transformation vieler Branchen, allen voran die Automobilindustrie, bekommt einen neuen Schub, der die Orientierung an Klimagerechtigkeit und Ressourceneffizienz zur Maxime macht, beziehungsweise machen sollte. Der Lockdown, der die Nähe näher und die Ferne ferner werden ließ, hat gezeigt, wie eine andere Welt aussehen könnte. Die betriebliche Mitbestimmung, und die Gewerkschaften stehen hier vor einer dop-

pelten Herausforderung. Die Dringlichkeit von Klimawandel und Ressourcenknappheit zwingen zu einem raschen Umsteuern, zu dem die Belegschaften eher weniger bereit sind. Hinzu kommt, dass dieses Umsteuern nicht immer als Konversion beschäftigungsneutral zu organisieren sein wird.

Hier sind die Betriebsrät_innen also einerseits als Changemanager_innen gefragt, die zur Zukunftssicherung Veränderung treiben müssen, und andererseits diejenigen, die die Kämpfe um die Arbeitsplätze, auch jenseits der Transformation, führen sollen. In diesem Spannungsfeld Klarheit zu schaffen wird eine zentrale Aufgabe der gewerkschaftlichen Debatte der kommenden Monate.

Viertens: Kapitalismus – wie immer

Neben den Transformationsaspekten, die zum Teil krisenhaft aufscheinen, wird es in der Folge der Pandemie einerseits und einer klassischen Überakkumulation andererseits zu weiteren Krisenerscheinungen kommen. Die weltweiten Überkapazitäten beispielsweise im Fahrzeugbau werden zurückgefahren und Standorte geschlossen. Die Konsolidierung in einzelnen Branchen wird weitergehen und viele Menschen werden ihren Arbeitsplatz verlieren.

Auch das wird die betriebliche Mitbestimmung und ihre Gremien stark fordern, aber hier wird klar, dass die komplexe Situation zwischen Transformationsprozessen einerseits und kapitalistischer Krisenbewältigung andererseits nichts mehr braucht wie politische Orientierung!

Gefragt: Politische Orientierung

Diese Orientierung speist sich nicht nur aus Qualifizierung und Debatte, sondern auch aus den zutiefst persönlichen Erfahrungen, die der und die Einzelne in der Pandemie machen. Dazu gehören:

- die Digitalisierung von Beteiligungsprozessen und
- die Konsequenz von digitaler Meinungsäußerung
- die Erfahrung mit dem Sozialstaat und seinen Institutionen
- die Erfahrung von Immobilität, ihrer digitalen Kompensation und dem Gewinn von Lebensqualität und -zeit.
- das – zumeist virtuelle – Erleben von kristallklarem Wasser in der Bucht von Venedig und der – hoffentlich realen – Erfahrung von sauberer Luft in unseren Städten
- die homöopathische Erfahrung von Konsumtanzug
- die Handlungsfähigkeit und -geschwindigkeit von Politik, die im krassen Widerspruch zu den Zögerlichkeiten in der Klima- und Ressourcenpolitik steht.

Dies sind Ansatzpunkte, aus denen politische Leitplanken und Orientierung für betriebliche und gewerkschaftliche Akteure der Mitbestimmung abgeleitet werden können!



Klaus Mertens ist Politikwissenschaftler. Er arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter des Betriebsrats der ZF Friedrichshafen AG in Schweinfurt, ist auch im Europäischen Betriebsrat tätig. Er engagiert sich bei den »Transformateuren« (<http://transformateure.org/home/>), arbeitet im Gesprächskreis Zukunft Auto Umwelt Mobilität (ZAUM) der Rosa-Luxemburg-Stiftung (<https://www.rosalux.de/stiftung/gespraechskreise/zukunft-auto-umwelt-mobilitaet/>) und bloggt zu Fragen der Transformation unter <http://das-richtige-im-falschen.de/>



Foto: privat

Zwischen Kollaps und Corona



Foto: NGWF

Ohne Essensverteilung wäre es für viele Familien noch schwerer geworden

Bangladeschs Textilindustrie steht wegen der Exportabhängigkeit besonders unter Druck. Die Arbeitnehmenden hatten die Wahl zwischen Jobverlust oder potenzieller Virusinfektion.

Große Teile des öffentlichen Verkehrs waren noch eingestellt, als hunderttausende Näher_innen in Bangladesch Ende April an ihre Arbeitsplätze zurückkehrten. So mussten sie den Weg in die Fabriken zu Fuß, per Fahrrad oder Rikscha meistern. Damit war die Rückkehr an die Nähmaschinen und Schneidetische für die Textilarbeiter_innen vor allem anstrengend und teuer.

Am 26. März hatte die Regierung wegen der Corona-Pandemie einen landesweiten Lockdown verhängt. 13 bis 15 Millionen Beschäftigte wurden schlagartig auf die Straße gesetzt. Dazu kamen 300.000 Arbeitsmigrant_innen, die allein bis Ende März nach Bangladesch zurückkehrten, weil sie in den Golfstaaten, wo sie bis dahin gearbeitet hatten, plötzlich überflüssig waren.

In der Textil- und Bekleidungsindustrie verloren ein Viertel der vier Millionen Beschäftigten zunächst ihre Jobs. Mindestens 400 der gut 4.000 Fabriken gingen pleite, so dass eine halbe Million Menschen dauerhaft ohne Arbeit sein

durfte. Weil aber die Konkurrenz in China, Vietnam oder Indonesien meist offen blieb, durften die bis zu 2.000 Textilbetriebe, die noch Aufträge hatten, schon am 26. April wieder loslegen. Die Wiedereröffnung erfolgte nicht phasenweise, sondern planlos und übereilt. Das gefährdete laut Amirul Haque Amin, dem Präsidenten der National Garment Workers Federation (NGWF), die Sicherheit der Beschäftigten.

Arbeitnehmende hatten die Wahl: Arbeit oder Gesundheit.

Zwar gelten auch in Bangladesch Abstands- und Hygieneregeln. Doch sind sie in den engen Fabrikhallen und Unterkünften kaum einzuhalten. Arbeitnehmende hatten die Wahl, ihre Arbeit endgültig zu verlieren oder ihre Gesundheit aufs Spiel zu setzen. Am 31. Mai war die landesweite Ausgangssperre aufgehoben worden, verbunden mit Appellen, in den Fabriken einen Mund-Nasen-Schutz zu tragen. Am selben Tag vermeldeten die Behörden mit 2.545 Neuinfek-

tionen und 40 Toten den höchsten Anstieg. Bis dahin hatten sich von 168 Millionen Einwohner_innen nachweislich 47.000 infiziert, 650 Menschen waren am Virus gestorben.

Um die Produktion zu sichern, eröffnete die Vereinigung der Bekleidungsexporture (BGMEA) am 6. Juni ihr erstes von drei geplanten eigenen Corona-Testzentren für Textilarbeiter_innen.

Wegen ihrer Exportabhängigkeit steht die bangladeschische Textilindustrie unter besonderem Druck. Sie erwirtschaftet 84 Prozent der Außenhandelseinnahmen. Internationale Bekleidungsketten stornierten ab März Aufträge und wollten auch für fertig produzierte Ware nicht mehr zahlen. Wegen des drohenden Imageschadens erklärte sich die schwedische Kette H&M als größter Kunde schließlich bereit, die bestellte Kleidung abzunehmen, andere Ketten folgten widerwillig, aber nicht alle. Bangladesch verlor Aufträge von mindestens 3 Milliarden US-Dollar.

Um sich Luft zu verschaffen, versuchten viele Textilfabrikanten, ihrerseits die Arbeitenden um die Löhne zu prellen. »Deshalb demonstrieren täglich hunderte Arbeiter_innen vor den Fabriken für ihre Löhne«, berichtet China Rahman, Generalsekretärin der nationalen Sektion der Gewerkschaft IndustriAll. Dabei könnten sie jedoch die Abstandsregeln nicht einhalten. Obwohl der Organisationsgrad nur 5 Prozent beträgt und sich die Beschäftigten noch auf konkurrierende Gewerkschaften verteilen, konnten sie einen Großteil der ausstehenden Löhne erkämpfen. Dabei half auch die Regierung mit, die in ihrem 588 Millionen Dollar-Konjunkturpaket unter anderem vorsah, die Löhne vom März komplett und die vom weitgehend arbeitsfreien April zu 60 Prozent zu zahlen.

Wegen des Lockdowns hätten Gewerkschaften auf Betriebsebene nicht effektiv arbeiten können, sagt Kohinoor Mahmood, Direktorin beim Bangladesh Institute of Labour Studies (BILS), einem Partner des DGB-Bildungswerkes. So hätten sich die Gewerkschaften auf die Zusammenarbeit auf nationaler und sektoraler Ebene konzentriert, um für die Interessen der Arbeitnehmenden einzutreten. Das habe gut geklappt und die Rolle der Gewerkschaften während der Pandemie gestärkt.

»Der informelle Sektor beschäftigt 85 Prozent der Arbeitskräfte und ist am stärksten von der Krise betroffen,« so Kohinoor Mahmood. Am wenigsten Probleme hätten bisher die Beschäftigten im Staatssektor. Doch könne sich das ändern, sollte das Gesundheitssystem wegen der inzwischen schneller steigenden Infektionszahlen doch noch überlastet werden. Bangladesch hat nur 1.267 Beatmungsgeräte.

 Autor: Sven Hansen ist Journalist und bereist regelmäßig den asiatischen Kontinent.

»Wir müssen das medizinische Personal besser schützen«

In Indien trifft die Krise Arbeitsmigrant_innen besonders hart, aber nicht nur sie: Rund 12 Prozent der Infizierten sind Ärzt_innen und Krankenpfleger_innen. Eine Lehre, die Gewerkschafter Kannan Raman aus der Krise zieht: »Der Privatisierungswahn im Gesundheitswesen muss ein Ende haben. Gesundheit gehört allen Menschen.«

Es ist der 24. März, als Narendra Modi eine folgenschwere Entscheidung trifft. Seit knapp zwei Monaten breitet sich das Corona-Virus auf dem Subkontinent immer weiter aus, der indische Premierminister muss reagieren. Von China bis Europa haben etliche Staatschefs ihren Ländern einen Lockdown verordnet. Nur wenige Staaten wie beispielsweise Schweden gehen einen anderen Weg. Modi folgt der Mehrheit – und verhängt an jenem Dienstag einen landesweiten Lockdown. Von einem Tag auf den anderen sollen 1,3 Milliarden Menschen zu Hause bleiben.

Doch während in vielen Ländern wie China oder Deutschland seither die Zahl der Corona-Neuinfektionen kontinuierlich zurückgeht, erlebt Indien eine dramatische Verschärfung der Situation. Anfang Juni meldet die Regierung in Delhi die bislang höchste Zahl an Corona-Neuinfektionen innerhalb eines Tages: fast 10.000 neue Fälle. Die Gesamtzahl der Infektionen erhöhte sich damit auf mehr als 256.000. Damit weist Indien die höchste Ansteckungszahl in Asien auf.

Kritiker_innen wie der Oppositionspolitiker Rahul Gandhi sehen daher den Lockdown als gescheitert an, während die Vereinten Nationen und die Weltgesundheitsorganisation die Maßnahmen als »aggressiv, aber notwendig« im Kampf gegen das Virus loben. Die Wahrheit liegt wohl dazwischen, da die Fallzahlen auf dem Subkontinent stark variieren – von Maharashtra mit 44.000 Fällen bis Sikkim oder Chandigarh mit nur wenigen Infizierten.

Zugleich hat der Lockdown jedoch gnadenlos Schwachstellen der indischen Gesellschaft offengelegt. »Durch Corona wurden zwei Bevölkerungsgruppen sehr hart getroffen: Wanderarbeiter_innen und Gesundheitshelfer_innen«, sagt Kannan Raman vom Public Services International in Chennai – einer Partnerorganisation des DGB Bildungswerk Bund.

Die unzähligen Arbeitsmigrant_innen bilden das Rückgrat der indischen Wirtschaft. Sie ziehen in die Megacities des Subkontinents, um sich auf Baustellen als Tagelöhner_innen oder als Putzkräfte in den Villen der Reichen zu ver-

dingen. Rund 80 Prozent der indischen Wirtschaftsleistung wird derart informell erzielt. Doch der Lockdown hat das Leben dieser Menschen über Nacht auf den Kopf gestellt: Keine Arbeit, kein Geld, kein Essen. Und wer krank wird, erhält auch keine ärztliche Versorgung. Da sie so in Delhi, Mumbai oder Chennai nicht mehr überleben können, ziehen sie zurück in ihre Dörfer auf dem Land. Es ist genau das, was der Lockdown verhindert wollte – die Ausbreitung des Virus.

Zudem kommt es auf den Heimreisen zu dramatischen Ereignissen. Raman erzählt von Menschen, die hunderte Kilometer zu Fuß nach Hause gehen und nachts an den Bahngleisen vom Zug erfasst werden. Andere sitzen fest an den Grenzen zwischen den Bundesstaaten, da diese keinen mehr reinlassen. »All das zeigt, es gab schlicht keinen Plan für diese Menschen«, klagt Raman.

Die zweite stark leidende Gruppe sind Indiens Ärzt_innen und Krankenpfleger_innen. Schon vor der Pandemie mangelte es vielerorts an Schutzkleidung und Medikamenten. Lediglich zwei Prozent des Bruttoinlandproduktes fließen in den staatlichen Gesundheitssektor, in Deutschland sind es knapp 12 Prozent. Zu wenig Geld, zu wenige Medikamente, zu wenig Ärzte und Schwester, lautet das vernichtende Urteil einer Insiderin.

Viele Bereiche des Gesundheitssystems seien in den vergangenen Jahren privatisiert worden, berichtet Raman. »Seither geht es dort nur noch um Profit«, erklärt der Gewerkschafter.

Und den erziele man vor allem durch Export. Die Folge: »Als die Corona-Pandemie ausbrach, hatten wir kaum Testkapazitäten geschweige denn Schutzmasken – und konnten deshalb nicht mal unsere medizinischen Helfer schützen.«

Raman bleibt dennoch optimistisch, er hat konkrete Vorstellungen, was man aus der Corona-Krise lernen sollte. »Der Privatisierungswahn im Gesundheitswesen muss ein Ende haben. Gesundheit gehört allen Menschen, von den Superreichen in Mumbai bis hin zu den Wanderarbeitern in Uttar Pradesh.« Zudem müssten die Verantwortlichen deutlich mehr Geld in die Infrastruktur investieren, angefangen bei der Zahl an Intensivbetten in Krankenhäusern, über die Ausbildung und Bezahlung von Ärzt_innen und Krankenpfleger_innen bis hin zu Schutzmasken für die Helfenden in den Dörfern auf dem Land. Bei rund 12 Prozent der Infizierten in Indien handelt es sich um Ärzt_innen und Krankenpfleger_innen. »Das ist ein untragbarer Zustand«, mahnt Raman. »Wir müssen das medizinische Personal und Arbeitende besser schützen.«

Hilfe dafür kommt auch aus dem Ausland, beispielsweise vom Deutschen Gewerkschaftsbund. Zwar gebe es keine speziellen Notfallhilfen, meint Tanja Schindewolf, die Projektleiterin Asien beim DGB-Bildungswerk – und erklärt: »Unsere Projekte sind auf eine langfristige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter_innen ausgelegt. Aber in diesem Rahmen reagieren wir natürlich auch auf unvorhergesehene Ereignisse und versuchen aktuell mit kurzfristigen Maßnahmen die Eindämmung der Verbreitung des Virus zu unterstützen.«

 Autor: Michael Radunski lebt als freier Journalist in Berlin, er hat viele Jahre in Indien gearbeitet.



Im privatisierten Gesundheitssystem sind Schutzkleidung und -masken Glückssache

Foto: Public Services International

»Wir haben angefangen, Gemüse zu pflanzen«

Keine Arbeit, kein Ausfallgeld, eine kranke Mutter und zwei Kinder – die Mexikanerin Antonia Barrios verdient ihr Geld eigentlich als Hausangestellte und Marktfrau, derzeit fällt beides weg. Sie würde sich sofort einer Gewerkschaft anschließen, die kurzfristig für Hilfen kämpft und langfristig für eine Sozialversicherung.

Nord|Süd news: Frau Barrios, wovon bestreiten Sie normalerweise Ihren Lebensunterhalt?

Antonia Barrios: Ich bin Hausangestellte und putze in mehreren Haushalten. Zudem verkaufe ich samstags auf dem Markt gebrauchte Kleidung, Schuhe, Puppen, Teddybären und alles mögliche. Damit bringe ich meine Familie über die Runden.

Wie hat sich die Situation mit der Ausbreitung des Corona-Virus verändert?

Im Moment habe ich wegen der Pandemie keine Arbeit in den Haushalten. Außerdem hat die Regierung nicht genehmigt, den Markt zu öffnen, da es keine Menschenansammlung geben darf. Also nehme ich auch dort nichts ein.

Bekommen Sie Ausfallgeld von den Familien, für die sie arbeiten?

Nein, das ist ganz einfach: Wenn ich in die Haushalte gehe und arbeite, verdiene ich Geld, gehe ich nicht, gibt es keinen Lohn. Nur eine Frau, für die ich tätig bin, zahlt mich weiterhin. Das ist eine große Hilfe.

Wer entscheidet, ob Sie arbeiten gehen?

Ich habe meinen Arbeitgebenden geschrieben, dass ich arbeiten muss, um meine Familie zu ernähren. Aber niemand hat reagiert. Das ist auch schlecht, weil meine Mutter schwer krank ist und ich Geld brauche, um Arznei und spezielle Nahrung zu kaufen. Der Staat hilft uns nicht. Mein Sohn studiert, und das kostet Studiengebühr. Außerdem braucht er einen Internetanschluss. Aber immerhin sparen wir derzeit die Kosten für den Bus, weil wir uns ja nicht bewegen können.

Haben Sie eine Sozialversicherung?

Nein, in keinem der Haushalte, in denen ich tätig bin, zahlt jemand für mich in eine Versicherung ein. Durch eine Reform der neuen Regierung von Andrés Manuel López Obrador müssten sie das eigentlich tun ...

... auch das Verfassungsgericht hat 2018 verfügt, dass Hausangestellte ins Sozialversicherungssystem aufgenommen werden ...

... aber diese Kultur gibt es bei uns nicht. Die wenigsten Arbeitgeber_innen sind dazu bereit. Und für manche ist das auch schwierig, weil

sie nicht so viel Geld haben. Ich könnte auch selbst einzahlen, aber das kann ich nicht finanzieren. Mein geringer Verdienst reicht gerade aus, um täglich über die Runden zu kommen.

Gibt es angesichts der Pandemie finanzielle Hilfen der Regierung?

Es gibt die Möglichkeit, Unterstützung für Kleinunternehmen zu beantragen. Das sind jedoch keine Hilfen, sondern Kredite. Man kann 20.000 Pesos, also etwa 900 Euro, bekommen, die aber in Raten von 900 Pesos monatlich zurückbezahlt werden müssen. Ich habe das nicht gemacht, weil ich nicht weiß, wie ich das später wieder abbezahlen soll.

Wie überleben Sie?

Ich war vor vier Jahren für eine US-Amerikanerin tätig. Sie ist wieder in die USA zurückgekehrt, weil sie schon sehr alt war. Wir sind aber weiterhin in Kontakt, und sie schickt mir ab und zu etwas Geld. Dazu kommt eben der Lohn, den ich von dem einem Haushalt bekomme. Mit diesem Einkommen schlagen wir uns irgendwie durch. Meine Tochter arbeitet normalerweise als Kiosk-Verkäuferin an einer Schule, aber der ist auch geschlossen.

In einigen Bundesstaaten gibt es die Gewerkschaft SINACTRAHO, die für die Interessen von Hausangestellten eintritt ...

... bei uns gibt es die nicht. Zumindest weiß ich nichts davon.

Wenn es eine Interessenvertretung gäbe, was müsste sie fordern?

Erstmal müsste sie uns informieren, dass es sie gibt. Ich würde mich natürlich anschließen. Dann müssten man gemeinsam zum Beispiel fordern, dass wir Haushaltsarbeiterinnen kurzfristig genauso unterstützt werden wie es derzeit für äl-

tere Arbeitnehmende, Menschen mit Behinderung, manche Jugendliche vorgesehen ist – mit Geld, auch wenn das umgerechnet nur 60 Euro pro Monat sind. Und längerfristig wäre es natürlich gut, eine Sozialversicherung zu haben.

Werden Sie eine Rente erhalten?

Nein, ich bin ja nicht sozialversichert.

Von was werden Sie leben, wenn Sie nicht mehr arbeiten können?

Irgendwann wird meine Mutter sterben und bis dahin wird mein Kind das Studium abgeschlossen haben. Dann fallen ein paar Kosten weg. Zudem gehört uns das Haus, wir zahlen also keine Miete. Das erleichtert einiges. Aber letztlich bleibt mir nichts anderes übrig, als zu arbeiten, so lange es geht, und so viel wie möglich Geld für das Alter anzusparen.

Wann werden Sie wieder in die Haushalte gehen können?

Wenn alles so weitergeht, muss ich wohl mindestens bis Ende Juni zuhause bleiben. Aber ich werde meine Arbeitgeber_innen noch mal fragen, ob ich wieder kommen kann, wenn ich einen Mundschutz trage und die anderen Regeln einhalte, um eine Ansteckung zu verhindern.

Wie verbringen Sie jetzt den Tag?

Wir haben angefangen, Gemüse zu pflanzen. Vielleicht können wir in absehbarer Zeit etwas ernten.

QR Bio: Antonia Georgina Barrios Sánchez, 57, lebt mit ihrem Sohn Miguel Ángel, 20, ihrer Tochter Jenny Paola García Barrios, 31, und ihrem Enkel Manuel Alejandro, 9, in einem armen Viertel in Oaxaca de Juárez, der Landeshauptstadt des süd-mexikanischen Bundesstaates Oaxaca. Sie ist verheiratet, lebt aber von ihrem Mann getrennt. Eigentlich arbeitet sie als Hausangestellte.

Autor: Wolf-Dieter Vogel lebt als Journalist in Oaxaca und berichtet seit mehr als 20 Jahren aus Mexiko und Mittelamerika.



»Irgendwann wird meine Mutter sterben und bis dahin wird mein Kind das Studium abgeschlossen haben. Dann fallen ein paar Kosten weg« – Antonia Barrios (rechts)

Foto: Karen Rojas Kauffmann

»Die brasilianische Gewerkschaftsbewegung befindet sich in einer Metamorphose«

Corona, ein rechtsradikaler Präsident, Zunahme an informeller Beschäftigung – Flávia Silva, die für das DGB Bildungswerk BUND in Brasilien arbeitet, erklärt, wie das die Arbeit der Gewerkschaften verändert

Nord|Süd news: Frau Silva, Sie sind Projektkoordinatorin des Regionalbüros des DGB-Bildungswerkes in São Paulo. Wie sieht Ihre Arbeit aus?

Flávia Silva: Wir koordinieren Projekte, die vom DGB-Bildungswerk unterstützt werden. In Brasilien unterstützen wir den Gewerkschaftsdachverband CUT bei seiner Jugendarbeit und die NGO Reporter Brasil, die gemeinsam mit der Kleinbauergewerkschaft CONTAG und der Landarbeitergewerkschaft CONTAR für bessere Arbeitsbedingungen auf dem Land kämpft. Außerdem haben wir zwei weitere Projekte mit den regionalen Dachverbänden IndustriALL Global Union und Public Services International (PSI). In Kolumbien ist die Gewerkschaftsschule Escuela Nacional Sindical unser Partner.

Durch Corona steht Brasilien weitestgehend still. Wie hat die Pandemie Ihre Arbeit verändert?

Wir arbeiten aus dem Home-Office. Die Arbeit unserer Projektpartner wurde erst einmal unterbrochen und viele Aktivitäten abgesagt. Derzeit wird diskutiert, wie die Arbeit wieder aufgenommen werden kann, und es wird geprüft, was auch virtuell möglich ist. Viele Partner haben sich bereits an die Pandemie angepasst: So wurden Debatten und Seminare ins Internet verlagert, die Gewerkschaftsschule in Kolumbien gibt viele Kurse nun online.

Mit Jair Bolsonaro ist ein neoliberaler Rechtsradikaler Präsident von Brasilien. Welche Gefahr geht von der Regierung für Ihre Arbeit aus?

Die Bolsonaro-Regierung ist eine Bedrohung für die Demokratie. Sie kriminalisiert die Arbeit der Zivilgesellschaft und von NGOs. Wir als internationale Organisation in Brasilien sind natürlich auch gefährdet. Es gibt auch immer wieder konkrete Schwierigkeiten, zum Beispiel wenn Banken keine Konten mehr für gewerkschaftliche Gruppen eröffnen wollen. Nach vielen Jahren der Fortschritte und sozialen Errungenschaften führen wir jetzt vor allem Abwehrkämpfe. Aber es ist wichtig zu betonen, dass die Rückschritte schon vor Bolsonaro losgingen.

Wann genau?

Seit dem Putsch (Amtsenthebungsverfahren

der PT-Präsidentin Dilma Rousseff im Jahr 2016, Anm. d. Red.) gab es eine ganze Reihe von Angriffen auf die Arbeiter_innen. So wurde 2017 eine verheerende Arbeitsreform durchgebracht, die unter anderem zu einer finanziellen Schwächung der Gewerkschaften führte. Zudem wurde eine Schuldenbremse verabschiedet und das



Foto: privat

»Wir als internationale Organisation in Brasilien sind natürlich auch gefährdet.« – Flávia Silva ist Projektkoordinatorin des Regionalbüros des DGB-Bildungswerkes Lateinamerika in São Paulo.

Outsourcing ausgeweitet. Kurz gesagt: Die neoliberale Politik hat fatale Auswirkungen für das Land. Außerdem verändert die technologische Entwicklung das Verständnis von Arbeit. Viele Menschen fühlen sich nicht mehr als Arbeiter_innen, weil sie keine traditionellen Anstellungsverhältnisse haben.

Sie sprechen von Essenslieferant_innen und Uber-Fahrer_innen, den sogenannten Plattformarbeiter_innen.

Genau. Es wird verschleiert, für wen sie eigentlich arbeiten. Für die Gewerkschaften ist das eine Herausforderung und Anpassungen sind erforderlich. Unabhängig von den Gewerkschaften haben einige dieser Arbeiter_innen begonnen, sich zu organisieren. In São Paulo gibt es eine Gruppe von antifaschistischen Essenslieferanten, die auf Demonstrationen präsent ist. Das ist eine neue Form, wie sich die Arbeiterklasse organisiert. Am 1. Juli wird es einen nationalen Streik der Essenslieferanten geben. Meiner Meinung nach sollten die Gewerkschaften nicht versuchen, sich diese Bewegungen einzuverleiben,

sondern sie erst einmal verstehen und sich mit ihnen solidarisch erklären.

In den letzten Wochen gab es Proteste gegen die Regierung – angeführt von Fußballfans. Gewerkschaften halten sich mit offenem Widerstand gegen die Regierung eher zurück. Warum?

Die Gewerkschaften stehen vor großen Herausforderungen. In Brasilien vertreten sie traditionell die formell beschäftigten Arbeiter_innen. Doch die informelle Arbeit steigt – nicht nur in

»Es gibt immer wieder Schwierigkeiten, zum Beispiel wenn Banken keine Konten mehr für gewerkschaftliche Gruppen eröffnen wollen.«

der Plattformökonomie. Außerdem gibt es eine regelrechte Kampagne gegen gewerkschaftliches Engagement. Die Anerkennung von Gewerkschaften in der Gesellschaft ist derzeit sehr gering. Und natürlich machen sich auch die finanziellen Einbußen bemerkbar. Aber es stimmt, dass die Gewerkschaften derzeit sehr zurückhaltend sind. Viele Bürger_innen beginnen sich zu organisieren. Es gibt immer mehr soziale Bewegungen und unabhängige Kollektive. Die Gewerkschaften erhalten jedoch kaum Zulauf. Gerade Jugendliche fühlen sich durch die traditionellen Gewerkschaften kaum noch vertreten. Aber: Es wird gerade viel diskutiert, wie man sich an die neuen Begebenheiten anpassen kann. Und seit dem Amtsantritt Bolsonaros passieren auch positive Dinge. Die Gewerkschaftsbewegung, die in Brasilien viele unterschiedliche Strömungen hat, hat begonnen, wieder verstärkt miteinander zu kommunizieren und sich zu vernetzen. Am 1. Mai gab es zum Beispiel eine gemeinsame Artikulation der Gewerkschaftsdachverbände.

Sie sehen Hoffnung?

Die Gewerkschaftsbewegung steckt in einer Krise, aber sie ist nicht am Sterben. Sie befindet sich eher in einer Metamorphose. Die Geschichte wird von unseren Entscheidungen bestimmt. Natürlich kann das durch einen autoritären Prozess unterbrochen werden – wie es derzeit passiert. Genau deshalb ist unsere Arbeit im Moment so wichtig.

 Interviewer: Niklas Franzen lebt als Korrespondent in Brasilien

Erste Ratifikation für C190

Ein Jahr nach ihrer Implementierung hat Uruguay als erstes Land der Welt die ILO Konvention zu Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz ratifiziert und damit einen großen Schritt vorgelegt. Die Konvention sei ein »sehr nützliches Instrument zur Verbesserung des bereits im Land bestehenden Rechts- und Arbeitsbeziehungsrahmens«, sagte González Arenas, der uruguayische Botschafter in Genf. Das Übereinkommen ist der erste internationale Vertrag, der sich mit Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt befasst. Es definiert Gewalt und Belästigung einschließlich geschlechtsspezifischer Übergriffe erstmals in einem internationalen Vertrag und verpflichtet die ratifizierenden Mitgliedsstaaten, in Absprache mit den Sozialpartnern einen integrativen und geschlechtsspezifischen Ansatz zur Verhütung und Beseitigung zu schaffen und auch präventiv tätig zu werden.

 https://www.ilo.org/dyn/normlex/en/?p=NORMLEX-PUB:12100:0:NO::P12100_ILO_CODE:C190

»Pandemie der Kinderarbeit«

Die globale Corona-Krise macht mühsam erkämpfte Erfolge im Kampf gegen gefährliche Kinderarbeit zunichte. Davor warnt die Holz- und Bauarbeiter Internationale (BHI). Ausgangspunkt seien die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie: Arbeitsplätze fallen weg, Einkommen sinken, Sicherheitsnetze, so es sie denn gibt, sind ausgeschöpft. Dem Gewerkschaftsverband zufolge müssen etwa 152 Millionen Kinder arbeiten, 72 Millionen davon verrichten gefährliche Arbeit etwa in Ziegelbrennereien, Steinbrüchen und bei Nichtholzprodukten. Wegen der Pandemie müssten vor allem Kinder aus armen und gefährdeten Familien die Schulausbildung abbrechen und die Last der Fürsorgepflichten oder Verantwortung für den Haushalt übernehmen. Auch die digitale Armut ist für Kinder eine große Bedrohung. BHI-Mitgliedsverbände in Indien und Nepal haben Maßnahmen gegen Kinderarbeit und für gute,



Kinderarbeit in der Mongolei

menschenwürdige Arbeit auf den Weg gebracht, etwa die Verwaltung von 17 CHILD-LEARN-Schulen und Vorbereitungszentren für arbeitende Kinder in ganz Indien, die von Gewerkschaften betrieben werden. BHI-Generalsekretär Ambet Yuson ruft »alle Gewerkschaften dazu auf, dieses wichtige Thema unbedingt aufzunehmen und zu handeln, damit die Risiken und Probleme der erwerbstätigen Familien minimiert werden« und »der Internetzugang für Kinder aus armen Familien besser möglich und bezahlbar wird«.

Corona-Maßnahmen: Investoren klagen

Maßnahmen, die die Regierungen zur Eindämmung des Corona-Virus ergreifen, können Anlass für neue Investorschutzklagen im Rahmen von Freihandelsabkommen geben. Davor warnen Entwicklungsorganisationen. Peruanische Beamte etwa berichten, dass eine vom Kongress bereits verabschiedete Aussetzung der Erhebung von Mautgebühren auf dem Straßennetz des Landes als Reaktion auf den Ausbruch von Covid-19 von Konzernen auf mögliche Ansprüche auf Schadenersatz geprüft würden. Wie diese Klagen funktionieren, erklärt ein aktueller Hintergrund der Entwicklungsorganisation WEED am Beispiel von Finanzdienstleistungen.

 <https://www.weed-online.org/themen/10831936.html>

Fachkonferenz für Naturstein-Beschaffung

Dass die Arbeit in den Steinbrüchen des globalen Südens problembehaftet ist, ist nicht erst seit gestern bekannt. Stichworte sind ausbeuterische Kinderarbeit, Schuldknechtschaft und unzureichender Gesundheitsschutz. Hinzu kommen Umweltfolgen wie mangelnde Renaturierung in den Abbauländern und hohe CO₂-Emissionen beim Transport. Doch es gibt Handlungsoptionen, wenn Natursteine im globalen Norden gebraucht oder gewünscht werden: Gerechte Arbeitsbedingungen in der Wertschöpfungskette von Natursteinen können bei der öffentlichen Beschaffung eingefordert und zum Beispiel über Zertifikate nachgewiesen, Natursteine auch gezielt lokal beschafft werden. Diese Möglichkeiten sind Thema der ersten bundesweiten Fachkonferenz für sozial verantwortliche Naturstein-Beschaffung, zu der die Entwicklungsorganisationen WEED und Werkstatt Ökonomie am 15. und 16. September in Stuttgart einladen. Sie richtet sich an Akteur_innen des öffentlichen Beschaffungswesens, Planungsbüros, an Nichtregierungsorgani-

sationen, Kirchen, verarbeitende Betriebe sowie an die interessierte Öffentlichkeit.

 <https://www.weed-online.org/aktuelles/10807159.html>

Filmtipp: Congo Calling

Entwicklungshelfende und Forscher_innen sind nicht immer nur Gutmenschen. Ist die Arbeit doch keineswegs einfach, so dass sich die Einstellungen und Motivationen vor Ort auch gerne noch mal ändern. In seinem Dokumentarfilm »Congo Calling« folgt Stephan Hilpert drei Protagonist_innen, die es hierher verschlagen hat. Raul führt für eine wissenschaftliche Studie Interviews mit Rebellen im Ostkongo, die seinen anfänglichen Idealismus in Zynismus, wenn nicht Rassismus umschlagen lassen. Peter, der seit Jahrzehnten in der Entwicklungshilfe arbeitet, verliert kurz vor der Rente seinen Job, weil dem Trägerverein alle Mittel gestrichen werden. Anne-Laure wird von den strukturellen Hindernissen in ihrem Job als Kinderschützerin entmutigt. Hilpert räumt mit gängigen Vorstellungen auf dem Feld der internationalen Hilfe auf, ganz ohne viel zu kommentieren.

 Von JP Films, zu sehen auf DVD und digital auf <https://jip-film.de/congo-calling/>



Foto: Daniel Samer

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk e. V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer
Verantwortlich: Valerie Franze
Redaktion: Hanna Gersmann, Beate Willms
Satz: Heiko von Schrenk/schrenkwerk.de

DGB Bildungswerk BUND
Nord | Süd-Netz
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf

Tel.: 0211 / 4301-329
Fax: 0211 / 4301-500
nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de

www.dgb-bildungswerk.de
www.nord-sued-netz.de

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein der Herausgeber verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global oder des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL mit Mitteln des

BMZ  Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung